



Ein Land zerstört sich selbst

Syrien. Nach mehr als zwei Jahren Bürgerkrieg liegt die syrische Wirtschaft am Boden. Die Kosten des Kriegs übersteigen längst die jährliche Wirtschaftsleistung des Landes, Millionen Menschen fliehen ins Ausland. Es wird Jahrzehnte dauern, bis sich das Land von den ökonomischen Schäden des Kriegs erholt.

Schon vor Beginn des Bürgerkriegs galten fast 30 Prozent der gut 21 Millionen Syrer als arm, die Mittelschicht ist in der 13-jährigen Amtszeit von Präsident Baschar al-Assad deutlich geschrumpft. Doch seinem Regime war es immerhin gelungen, eine gewisse Balance zwischen den verschiedenen sozialen, ethnischen und religiösen Gruppen

zu schaffen, sodass Spannungen zunächst ausblieben.

Das änderte sich im März 2011 schlagartig. Was zunächst als relativ harmlose Demonstration begann – die Menschen forderten bessere wirtschaftliche Verhältnisse, weniger Korruption und die Beschränkung der Macht der Geheimdienste –, hat sich nach der brutalen militärischen

Reaktion des Regimes innerhalb von wenigen Monaten zu einem Bürgerkrieg entwickelt. Inzwischen zählt Syrien mehr als 100.000 Opfer. Und auch die sozioökonomischen Folgen des Kriegs sind für das Land immens (Grafik Seite 2):

Fast 60 Prozent der Syrer leben heute in Armut – doppelt so viele wie vor dem Bürgerkrieg.

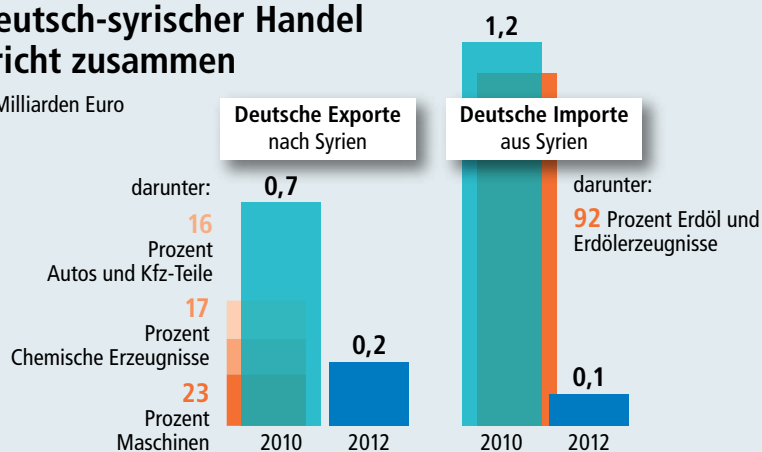
Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Syriens in den zehn Jahren vor dem Krieg um real jahresdurchschnittlich knapp 5 Prozent gestiegen war, schrumpfte die Wirtschaftsleistung – so schätzt das unabhängige Syrische Zentrum für Politikforschung – allein im vergangenen Jahr um nahezu 30 Prozent.

Um die bisherigen ökonomischen Verluste durch den Bürgerkrieg auszugleichen, müsste die syrische Wirtschaft 30 Jahre lang um durchschnittlich 5 Prozent wachsen.

Mittlerweile ist ein großer Teil der Infrastruktur Syriens zerstört und viele Unternehmen haben ihre Produktion nach Ägypten oder in die Türkei verlagert. Die Industrie →

Deutsch-syrischer Handel bricht zusammen

in Milliarden Euro



Quellen: German Trade & Invest, Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 39

Inhalt

Bundestagswahl 2013. Der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Michael Hüther, benennt in seiner Wahlanalyse die Aufgaben der künftigen Bundesregierung.
Seite 3

Gerechtigkeit. Im 28-Länder-Vergleich landet Deutschland gemeinsam mit den Niederlanden beim Internationalen Gerechtigkeitsindex des IW Köln auf dem siebten Platz.
Seite 4-5

Industrielle Standortqualität. Im Baltikum haben sich die Rahmenbedingungen für Unternehmen seit 1995 am stärksten verbessert. Deutschland schneidet beim Niveauvergleich gut ab.
Seite 6-7

Lohnpolitische Koordination. Die EU-Kommission will die Entwicklung der Lohnstückkosten deckeln. Sie sollen binnen drei Jahren nicht um mehr als 9 Prozent steigen.
Seite 8

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland



Die jüngere Geschichte Syriens

Nachdem Hafis al-Assad im Jahr 1970 durch einen Putsch erst Premierminister und ein Jahr später auch Staatspräsident geworden war, formte er aus Syrien einen sozialistischen Staat mit Planwirtschaft. Die Regierung kontrollierte viele Preise und subventionierte Grundnahrungsmittel sowie andere Güter des täglichen Bedarfs. Der private Sektor verfiel und ein großer Teil des Kapitals verließ das Land. Ende der 1980er Jahre begann Syrien zwar, seine Märkte zu öffnen, der Prozess verlief aber sehr schleppend. Als Hafis al-Assad im Jahr 2000 starb, kam sein Sohn Baschar al-Assad an die Macht. Er versprach Wirtschaftsreformen, Korruptionsbekämpfung und politischen Pluralismus – doch die angekündigte Liberalisierung geriet schnell ins Stocken. Stattdessen breiteten sich Korruption und politische Unterdrückung immer weiter aus und die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen Arm und Reich nahmen erheblich zu.

→ ist allein im vergangenen Jahr um 70 Prozent geschrumpft. Auch die Investitionen sind zwischen 2010 und 2012 um mehr als die Hälfte zurückgegangen, das Gros der Maschinen und Anlagen ist zerstört worden oder steht ungenutzt herum.

Angesichts des Ausmaßes an Zerstörung ist es kein Wunder, dass die syrische Wirtschaft in veraltete Strukturen zurückfällt: Der Anteil der Landwirtschaft ist innerhalb von gerade einmal zwei Jahren von 17 auf 27 Prozent gestiegen.

Auch der internationale Handel Syriens ist drastisch zurückgegangen. Sowohl die Exporte als auch die Importe des Landes sind zwischen 2010 und 2012 um jeweils mehr als die Hälfte eingebrochen. Wichtige Handelspartner haben in vielen Bereichen Lieferstopps ausgerufen – darunter auch die Türkei, die vor der Krise mit einem Anteil von nahezu 10 Prozent der größte Lieferant Syriens war.

Auch die EU hat „angesichts der fortwährenden gewaltsamen Repressionen und Menschenrechtsverstöße der syrischen Regierung“ eine Reihe von Sanktionen verhängt. So verbietet Europa unter anderem den Im-

port von Rohöl und Erdölerzeugnissen aus Syrien sowie den Export von Schlüsseltechnologien, die zur Erkundung oder Förderung von Erdöl und Erdgas oder zum Bau von Kraftwerken zur Stromgewinnung verwendet werden können. Das Ziel ist, die finanziellen und materiellen Ressourcen der syrischen Regierung einzuschränken.

Aufgrund dieser EU-Verordnungen ist zwangsläufig auch der Handel zwischen Deutschland und Syrien eingebrochen (Grafik Seite 1):

Der Wert der deutschen Importe aus Syrien sank binnen zwei Jahren um 90 Prozent, die deutschen Exporte nach Syrien gingen um etwa 70 Prozent zurück.

Die Bundesrepublik war 2010 mit 13 Prozent nach Italien das zweitwichtigste Abnehmerland für syrische Produkte und importierte hauptsächlich Erdöl und Erdölerzeugnisse. Umgekehrt kamen mehr als 4 Prozent der syrischen Importe aus Deutschland – darunter vor allem Maschinen, chemische Erzeugnisse, Autos und Kfz-Teile.

Das Syrische Zentrum für Politikforschung in Damaskus schätzt die Kosten des Bürgerkriegs für die gesamte Wirtschaft Syriens bis zum ersten Quartal 2013 auf umgerechnet mehr als 80 Milliarden Dollar. Damit entsprechen die Kosten fast dem Anderthalbfachen des syrischen BIP im Jahr 2010.

Syrien: Die zerstörerische Wirkung des Bürgerkriegs

■ Vor dem Krieg (2010) ■ Aktuell (1. Quartal 2013)

In Armut lebende Bevölkerung in Millionen



Arbeitslosenquote in Prozent



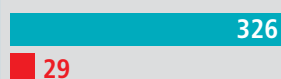
Reales Bruttoinlandsprodukt Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



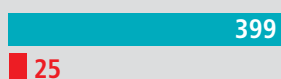
Ölproduktion in Barrel pro Tag



Investitionen in Milliarden Syrische Lira



Exporte in Milliarden Syrische Lira



Staatsverschuldung in Prozent des BIP



Verbraucherpreise Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



„Für Europa, gegen Steuererhöhungen!“

Bundestagswahl 2013. Welche wirtschaftspolitischen Botschaften lassen sich aus dem Wahlergebnis ableiten, auch wenn noch Unklarheit über die konkrete Zusammensetzung der Regierung besteht? Die Antwort auf diese Frage gibt Professor Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW).



„Die überwältigende Mehrheit der Deutschen trägt die Europapolitik der Regierung Merkel“, konstatiert IW-Direktor Michael Hüther nach der Bundestagswahl.

Die erste wirtschaftspolitische Botschaft der Wahl lautet: Der Kurs der Bundesregierung für eine konstruktive Strategie in Europa zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise ist bestätigt worden. Trotz der unerwartet vielen Stimmen für die Anti-Europa-Partei gilt, dass die überwältigende Mehrheit der Deutschen die Europapolitik der Regierung Merkel trägt.

Auch wer von den Partnern in der Europäischen Währungsunion darauf hoffte, dass durch einen Regierungswechsel hin zum linken politischen Spektrum ein Strategiewechsel zu einer laxen Finanzpolitik möglich wäre, der sollte grundlegend ernüchtert sein. Die Wähler schreiben den Krisenländern ins Stammbuch, dass sie zunächst zu Hause die Probleme lösen müssen und dann erst mit Unterstützung ihrer Partner rechnen können.

Steuererhöhungen abgewählt

Die zweite Botschaft lautet: Alle Parteien, die Steuererhöhungen angekündigt haben, sind vom Wähler abgestraft worden. Die Grünen sowie die Linke haben stark an Zustimmung verloren und die SPD ist aus dem 25-Prozent-Loch kaum herausgekommen. Die Wähler erkennen sehr deutlich, was Steuererhöhungen an Verunsicherung auslösen. Die künftige Bundesregierung kommt an diesem Votum nicht vorbei. Das stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Was ist zu tun?

Nach der Krisenpolitik der jetzt endenden Legislaturperiode ist nun alle

Aufmerksamkeit auf das Geschäftsmodell Deutschland zu richten. Die Baustellen sind eindeutig markiert: Die Investitionen schwächeln und angesichts des demografischen Wandels – Alterung und schrumpfende Bevölkerung – bestehen nur begrenzte Aussichten auf ein dynamisches Wachstum. Deshalb muss alles getan werden, was die Produktivität erhöht und das Arbeitsvolumen steigert.


Mehr Geld für die Bildung

Zur Produktivitätssteigerung ist etwa in puncto Bildungsinvestitionen in der vergangenen Dekade schon viel geschehen. Schulen und Universitäten müssen jedoch weiterhin angemessen finanziert werden. Gleichzeitig müssen die Bedingungen für Forschung und Entwicklung durch eine allgemeine steuerliche Förderung verbessert werden.

Darüber hinaus sollte die Infrastruktur gestärkt werden. Dabei ist auch eine Finanzierungsbeteiligung der Nutzer akzeptabel, wenn die Mittel zum Beispiel verlässlich in den Verkehrshaushalt fließen.

Zur Ausweitung des Arbeitsvolumens sind längere Lebensarbeits- und Jahresarbeitszeiten, aber auch höhere Erwerbsquoten und eine gesteuerte Zuwanderung erforderlich. Die Regierung wird auch daran arbeiten müssen, Europa in den nächsten Jahren weiterzuentwickeln. Die Frage lautet: Welche Kompetenzen gehören auf die europäische Ebene und welche nicht? Das Subsidiaritätsprinzip darf nicht auf den Kopf gestellt werden – Brüssel darf sich nicht immer weitere Eingriffsrechte sichern.

Gefühlt oder gemessen

Gerechtigkeit. Als geringfügig Beschäftigter bis zu 450 Euro monatlich in der Tasche haben oder als Arbeitsloser 382 Euro? Laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach finden es mehr als drei Viertel der Deutschen ungerecht, wenn ein Arbeitsloser fast das Gleiche bekommt wie ein Geringverdiener. 

Sollen die Hartz-IV-Sätze erhöht werden oder wäre dann der Lohnabstand zu arbeitenden Menschen nicht mehr „gerecht“? Müssen Manager wirklich so hohe Bonuszahlungen für ihre Leistungen bekommen? Wird die Lücke zwischen Arm und Reich immer größer? Bei der Beantwortung dieser Fragen gibt es sehr verschiedene Vorstellungen davon, was gerecht ist. Generell lassen sich sechs Arten von Gerechtigkeit unterscheiden (Kasten).

Sechs Dimensionen von Gerechtigkeit

- **Bedarfsgerechtigkeit.** Das Existenzminimum eines jeden soll garantiert gedeckt sein.
- **Leistungsgerechtigkeit.** Jeder Einzelne soll in dem Maße vom gesellschaftlichen Wohlstand profitieren, in dem er dazu beigetragen hat.
- **Chancengerechtigkeit.** Jedes Mitglied der Gesellschaft muss gerechte Chancen auf Arbeit, Bildung und Aufstieg haben.
- **Einkommensgerechtigkeit.** Der Wohlstand soll möglichst gleich verteilt sein.
- **Regelgerechtigkeit.** Die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens müssen für jeden gleichermaßen gelten und zudem transparent und nachvollziehbar gestaltet sein.
- **Generationengerechtigkeit.** Künftige Generationen sollen gegenüber der heutigen Generation nicht durch politische Entscheidungen benachteiligt werden.

Gefühlte Gerechtigkeit

Sowohl in Bevölkerungsumfragen als auch in Umfragen unter Politikern wird – national wie international – die Chancengerechtigkeit als besonders wichtig genannt. Die neueste Bevölkerungsbefragung des Instituts für Demoskopie Allensbach zum Thema bestätigt, dass die Deutschen gleich gute Chancen für besonders wichtig halten (Grafik):

Für 90 Prozent der Befragten ist die Chancengerechtigkeit die zentrale Gerechtigkeitsdimension, gefolgt von der Bedarfsgerechtigkeit (77 Prozent) und der Leistungsgerechtigkeit (70 Prozent).

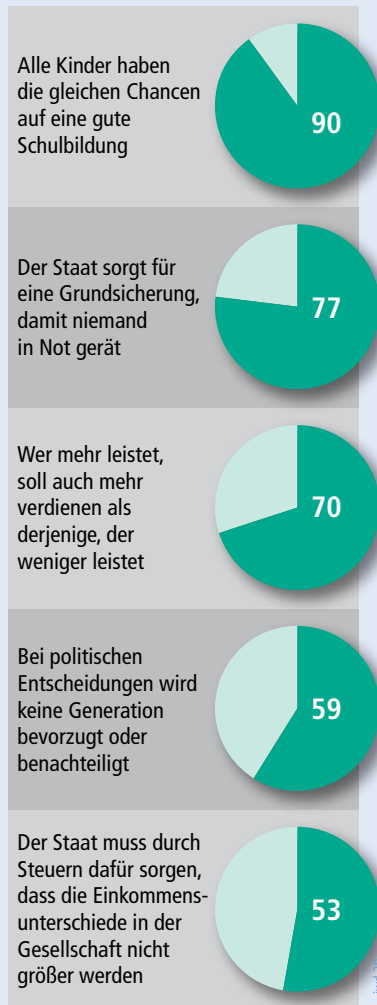
Die gleichmäßige Verteilung der Einkommen steht dagegen an letzter Stelle (53 Prozent).

Gut 46 Prozent der deutschen Bevölkerung sind im Übrigen der Ansicht, dass auch Arbeiterkinder gute oder sogar sehr gute Aufstiegschancen haben. Die Chancengerechtigkeit wird allerdings im Bildungsbereich (40 Prozent) als besser wahrgenommen als auf dem Arbeitsmarkt (23 Prozent). Mehr als 35 Prozent beklagen, die Chancengerechtigkeit am Arbeitsmarkt habe abgenommen, in Bezug auf das Bildungssystem meinen dies nur 27 Prozent.

Dieses Ergebnis ist erstaunlich, da die generelle Arbeitslosigkeit und vor allem die Jugendarbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren drastisch gesunken sind. Geringer Qualifizier-

Was soziale Gerechtigkeit bedeutet

So viel Prozent der Bundesbürger stimmten folgenden Antworten auf die Frage „Was ist soziale Gerechtigkeit?“ zu



Befragung von 1.847 Bundesbürgern ab 16 Jahren im Dezember 2012

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach  Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv 39

te haben mittlerweile deutlich bessere Chancen, auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen.

Der Gerechtigkeitsindex

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat, um der gefühlten Gerechtigkeit eine möglichst objektive Gerechtigkeitsmessung

gegenüberzustellen, einen Gerechtigkeitsindex erstellt, mit dem das Niveau verschiedener Länder gemessen und verglichen werden kann.

Deutschland auf Platz 7

Im vergangenen Jahr belegte die Bundesrepublik mit 65 Punkten gemeinsam mit den Niederlanden Rang 7 und damit einen guten Platz im oberen Drittel (Grafik). An der Spitze des Rankings liegen die skandinavischen Länder, dagegen sind Südeuropa und die USA eher auf den unteren Plätzen zu finden. In den einzelnen Ländern hat sich das Gesamtniveau der Gerechtigkeit seit dem Jahr 2000 meist nur wenig geändert.

Chancen woanders (noch) besser

In Sachen Chancengerechtigkeit hat sich Deutschland zwar deutlich verbessert, nämlich von Platz 24 im Jahr 2004 auf Platz 14 im Jahr 2012. Doch mit diesem Mittelfeldplatz kann Deutschland in dieser als sehr wichtig empfundenen Gerechtigkeitsdimension nicht zufrieden sein. In der Hälfte der anderen Länder sind die Startchancen besser – gemessen unter anderem an den Indikatoren frühkindliche Bildung, Bildungsinvestitionen und Arbeitsmarktlage. Auch wenn der Teilindex zur Chancengerechtigkeit durch die aktuell niedrige Arbeitslosigkeit in Deutschland einen positiven Trend zeigt, bleiben Reformen des Bildungssystems und weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit wichtige Aufgaben für die Politik.

Die deutsche Bevölkerung fordert dabei keine radikalen staatlichen Eingriffe, auch wenn 70 Prozent der befragten Menschen der Ansicht sind, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland nicht gerecht sind. Laut der Allensbach-Umfrage wünschen sich die Menschen von der Politik vielmehr vor allem Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Qualität der Schulausbildung (jeweils 70 Prozent). Den Ausbau der frühkindlichen Bildung und mehr Studienplätze fordert gut die Hälfte der Befragten. Eine Frauenquote für Spitzenpositionen halten dagegen weniger als 20 Prozent für wichtig.



IW-Analysen Nr. 91

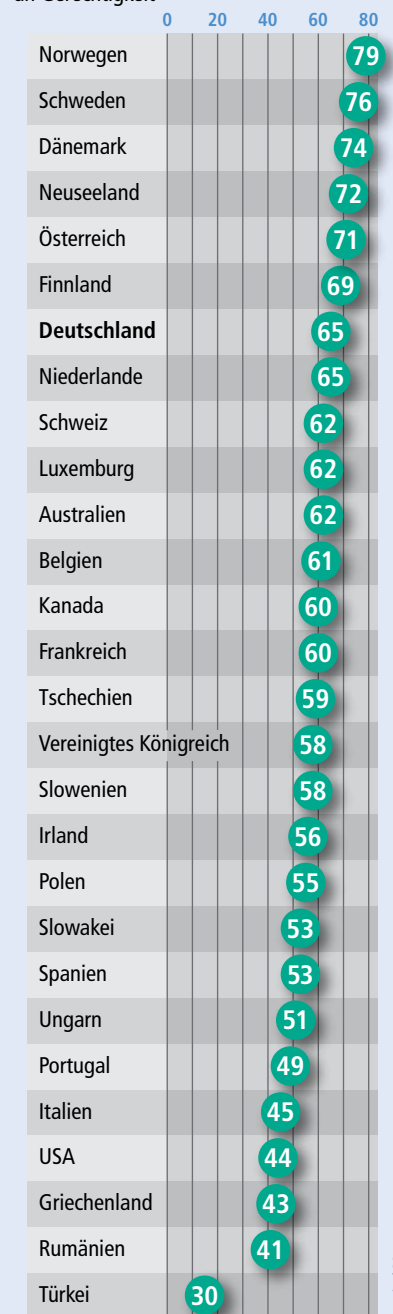
Dominik H. Enste, Heide Haas, Jana Wies: Internationaler Gerechtigkeitsindex – Analysen und Ergebnisse für 28 Industriestaaten, Köln 2013, 70 Seiten, 18,90 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop

Internationaler Gerechtigkeitsindex

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat einen Index erstellt, der das Gerechtigkeitsniveau in 28 Ländern vergleichbar macht. Dazu wurden insgesamt 32 Einzelindikatoren herangezogen und so standardisiert, dass jeweils das Land mit dem besten Originalwert 100 Punkte, das Land mit dem schlechtesten Wert 0 Punkte erhielt. Dann wurden die Indikatoren zu sechs Gerechtigkeitsdimensionen zusammengefasst (Kasten Seite 4) und aus deren Mittelwerten der Gesamtindex gebildet.


Indexwert für das Jahr 2012 – je höher der Wert, desto größer das Ausmaß an Gerechtigkeit



Werte der Einzelindikatoren zum Teil geschätzt
Ursprungsdaten: Eurobarometer, Eurostat, Kaufmann et al. (2012), OECD, Weltbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Deutschland auf gutem Kurs

Industrielle Standortqualität. Die Produktionsbedingungen für das Verarbeitende Gewerbe haben sich in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre besser entwickelt als im Durchschnitt wichtiger Konkurrenzländer. Einige Volkswirtschaften konnten ihre Standortqualität allerdings noch deutlich stärker steigern – wobei nicht etwa China, sondern die baltischen Staaten am meisten Tempo machten. 

Marode Straßen und Brücken und kräftig steigende Energiekosten: Die Debatte um den Standort Deutschland läuft gerade wieder auf Hochtouren. Bei allen Problemen sind die Rahmenbedingungen insgesamt aber keineswegs schlecht. Dies zeigt der Index, den das Institut der

deutschen Wirtschaft Köln (IW) zur Messung der industriellen Standortqualität entwickelt hat. Demnach erreicht Deutschland im Ranking für das Jahr 2010 – dies ist der aktuellste Stand – einen guten fünften Platz von 45 Industriestandorten (vgl. iwD 43/2012).

Zudem haben sich die Bedingungen in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre stärker verbessert als im Durchschnitt der Konkurrenz (Grafik):

Was die Dynamik der industriellen Standortqualität in den Jahren 1995 bis 2010 angeht, landet Deutschland auf Platz 18 von 45 Ländern.

Damit liegt der Standort D deutlich vor anderen etablierten Industrienationen wie Großbritannien oder den USA, die sich nur auf den Rängen 44 und 43 wiederfinden. Punkten konnte die Bundesrepublik unter anderem mit dem Abbau von Arbeitsmarkt- und Produktregulierungen, einer verbesserten Kommunikations-Infrastruktur und dem steigenden Bildungsniveau der Bevölkerung.

An der Spitze des Dynamik-Rankings stehen allerdings drei kleine und recht junge EU-Mitglieder:

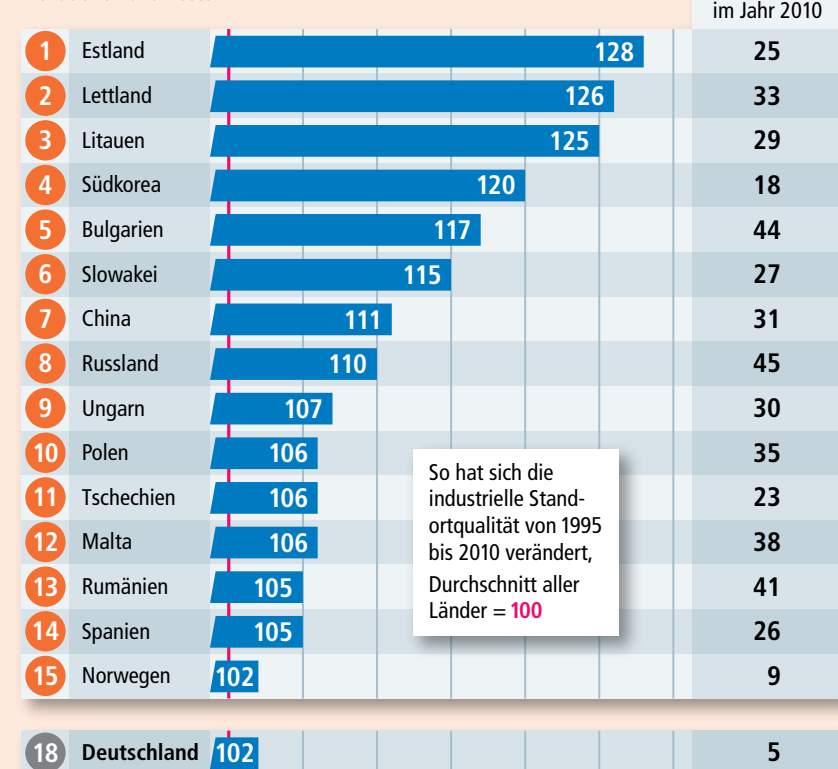
In Estland, Lettland und Litauen hat sich die industrielle Standortqualität von 1995 bis 2010 am stärksten verbessert.

Dabei schnitten die drei baltischen Staaten fast in sämtlichen Teilbereichen des IW-Index überdurchschnittlich ab. In besonders hohem Maße profitierten sie von zunehmend effizient handelnden Regierungen, Verbesserungen in Sachen Wettbewerbsordnung, Rechtsprechung und Korruptionskontrolle sowie einem wirtschaftlicheren Einsatz von Energierohstoffen.

Im Niveauvergleich der Standortqualität erzielen die Baltien zwar ein nicht ganz so gutes Ergebnis wie bei der Dynamik, können sich aber immerhin im hinteren Mittelfeld auf

Industriestandorte: Balten holen auf

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat einen Index entwickelt, um die industrielle Standortqualität und deren Veränderung in 45 Ländern zu messen. Dazu wurden insgesamt 58 Indikatoren herangezogen – unter anderem aus den Bereichen Regulierung, Infrastruktur, Humankapital, Innovationen und Kosten.



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

den Rängen 25, 29 und 33 platzieren. Damit befinden sie sich in prominenter Gesellschaft, schneidet China mit Platz 31 im Niveauvergleich doch ähnlich ab. Ein wenig überraschen mag es, dass das aufstrebende Reich der Mitte in Sachen Standortdynamik „nur“ Rang sieben belegt. Doch die Chinesen konnten eben nur

in einigen Bereichen große Fortschritte erzielen – etwa bei den Produktionskosten sowie im Bildungsbereich. Dagegen kamen die Verbesserung des staatlichen Ordnungsrahmens sowie der Ausbau der Infrastruktur deutlich schleppender voran als in den meisten anderen Ländern.



IW-Studien

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Industrielle Standortqualität – Wo steht Deutschland im internationalen Vergleich?, Köln 2013, 240 Seiten, 29,80 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter: www.iwmedien.de/bookshop

Die von der Euro-Schuldenkrise gebeutelten Länder kommen wirtschaftlich nur langsam auf die Beine. Das liegt nicht zuletzt an ihren erheblichen strukturellen Schwächen, die sich auch im IW-Index zur industriellen Standortqualität niederschlagen. Allerdings sind die Baustellen nicht überall gleichermaßen groß: **Irland** bot der Industrie im Jahr 2010 sogar relativ gute Bedingungen, vor allem aufgrund des stabilen staatlichen Ordnungsrahmens. Allerdings hat sich die Standortqualität seit 1995

schlechter entwickelt als anderswo. Besonders negativ schlagen die gestiegenen Arbeitskosten zu Buche.

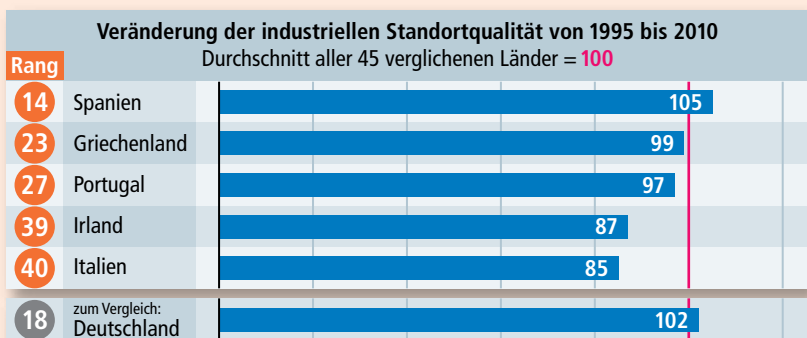
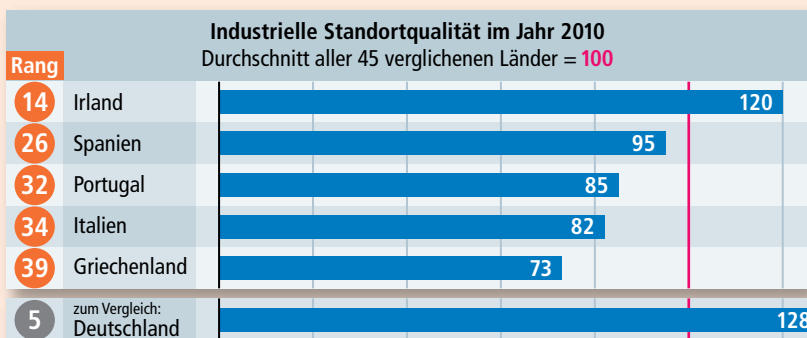
Spanien dagegen erzielte zuletzt eine leicht unterdurchschnittliche Standortbewertung, wobei sich auch das hohe Kosten-niveau negativ auswirkte. Allerdings war Spanien das einzige Krisenland mit einer vergleichsweise hohen Dynamik – insbesondere im Bereich Bildung und Innovationen verbesserten sich die Standortindikatoren deutlich.

Portugal konnte bei der Entwicklung der Standortqualität in etwa mit dem Durchschnitt der Konkurrenz mithalten. Einige schwerwiegende Defizite gibt es aber weiterhin – vor allem im Bildungs- und Innovationsbereich sowie im Unternehmenssektor, dem es unter anderem an der nötigen Kundenorientierung fehlt. **Italien** ist seit Mitte der 1990er Jahre sogar noch weiter hinter die übrigen Industrieländer zurückgefallen, vor allem hinsichtlich der Kostensituation. Darüber hinaus hapert es aber auch erheblich in Sachen Regulierung und Bürokratie sowie im Bildungswesen.

Griechenland kann zwar eine durchschnittliche Standortentwicklung vorweisen, bildet aber dennoch von den Euro-Krisenstaaten im aktuellen Niveauvergleich das Schlusslicht. Niedrige Indexwerte erzielt das Land insbesondere bei den staatlichen Rahmenbedingungen sowie im Unternehmensbereich, wo die fehlende Kundenorientierung zu den Minuspunkten zählt.

Die Standortqualität der Krisenländer

Der vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln entwickelte Index zur Messung der industriellen Standortqualität weist für die von der Euro-Schuldenkrise betroffenen Länder die folgenden Rangplätze und Indexwerte aus



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

Fragwürdiges Konzept

Lohnpolitische Koordinierung. Die Europäische Kommission möchte Tarifabschlüsse stärker koordinieren, indem sie zum Beispiel Obergrenzen für die Entwicklung der Lohnstückkosten vorgibt. Ein solches Vorhaben ist ökonomisch und verfassungsrechtlich heikel.

Die Lohnstückkosten haben sich in den EU-Ländern seit Beginn der Währungsunion sehr unterschiedlich entwickelt (Grafik). Vor allem die südeuropäischen Länder haben durch außergewöhnlich hohe Lohnzuwächse an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt – ein wesentlicher Grund für die Probleme der Eurozone.

Um das Risiko weiterer Krisen zu minimieren, überwachen EU-Kommission und EU-Ministerrat die nominale Lohnstückkostenentwicklung in den EU-Staaten neuerdings im Rahmen eines „Scoreboards“ (Anzeigetafel). Ziel ist es, Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen. Gleichzeitig legt das Überwachungs-

verfahren eine Obergrenze fest: Die Lohnstückkosten in den einzelnen EU-Ländern dürfen nach EU-Vorstellungen innerhalb von drei Jahren um maximal 9 Prozent steigen. Wird dagegen verstoßen, drohen im Extremfall finanzielle Sanktionen.

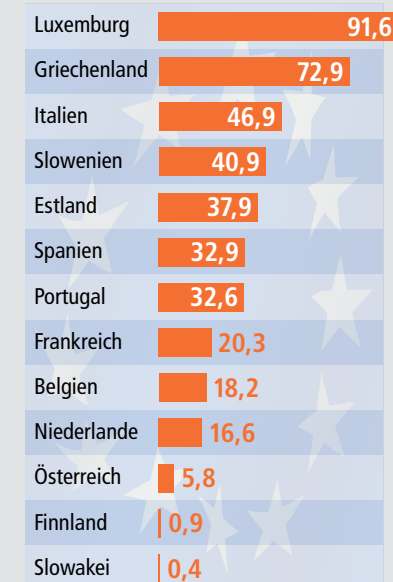
Eine Sanktionierung von Tarifabschlüssen würde in Deutschland tief in die Tarifautonomie eingreifen und erhebliche verfassungsrechtliche Fragen aufwerfen.

Darüber hinaus bestehen Zweifel, ob eine koordinierte Lohnpolitik auf EU-Ebene ökonomisch sinnvoll ist. Zunächst ist unklar, was damit erreicht werden soll. Verschiedentlich wird gefordert, Deutschland müsse seine Löhne stärker erhöhen als das Ausland, damit andere an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Das Ergebnis wäre, dass hierzulande Arbeitsplätze verloren gehen. Außenwirtschaftliche Ziele können also mit binnenwirtschaftlichen Zielen in Konflikt geraten.

Dabei zeigen gerade die deutschen Erfahrungen, dass sich mit einer langfristigen und beschäftigungsfreundlichen – weil produktivitätsorientierten – Lohnpolitik beide Ziele erreichen lassen: Durch maßvolle Lohnabschlüsse werden Jobeffekte und damit auch Kaufkraftwirkungen angestoßen, also Wachstumsimpulse ausgelöst. Je mehr

Lohnstückkosten in der EU: Große Spanne

Um so viel Prozent stiegen die Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe in den Jahren 1999 bis 2011 stärker als in Deutschland



Lohnstückkosten: Arbeitskosten im Verhältnis zur Produktivität
Quelle: IW-Berechnungen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW-Medien - Iwd 39

Länder diesem Weg folgen, desto eher verbessert sich auch die Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone gegenüber anderen Währungsräumen.

Die einheitliche Vorgabe eines Lohnstückkostenanstiegs ist ökonomisch auch deshalb unsinnig, weil sie die unterschiedlichen Ausgangspositionen der Länder nicht berücksichtigt. Jene mit hoher Arbeitslosigkeit und Leistungsbilanzdefiziten dürften diesen Spielraum streng genommen gar nicht ausschöpfen.

<http://www.iwkoeln.de/lohnpolitik>

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.